

An die
Mitglieder des Bildungsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Kristina Krämer
Warderschule
Sundweg 100
23774 Heiligenhafen

Heiligenhafen, den 28.02.2026

Stellungnahme des Schulleitungsverbandes Schleswig Holstein (s/vsh) zur Entwicklung der Quote der Schülerinnen und Schüler ohne ESA – Notwendigkeit struktureller Konsequenzen

Sehr geehrter Herr Habersaat, sehr geehrte Damen und Herren,

der Schulleitungsverband Schleswig-Holstein (s/vsh) bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen und nimmt zur Entwicklung der Quote der Schülerinnen und Schüler ohne ESA wie folgt Stellung:

Die Diskussion um die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Ersten Allgemeinen Schulabschluss (ESA) in Schleswig-Holstein greift zu kurz, solange sie primär auf einzelne Schulen, deren Haltung oder Schulkultur verweist.

Die vorliegenden Zahlen sind kein Beleg für mangelnde pädagogische Qualität.
Sie sind ein Indikator struktureller Ungleichgewichte im System.

Wer Abschlussquoten politisch bewertet, muss die Rahmenbedingungen mitbewerten.

1. Vergleichbarkeit der Zahlen: Eine statistische Verzerrung

In Schleswig-Holstein werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf vollständig in die Abschlussstatistik der Gemeinschaftsschulen einbezogen.

In anderen Bundesländern existieren weiterhin eigenständige Förderschulen. Die Abschlussquoten verteilen sich dort strukturell anders.

Solange diese Unterschiede nicht transparent gemacht werden, ist jede bundesländerübergreifende oder systemische Bewertung verzerrt.

Politische Forderung:

Eine differenzierte Ausweisung der Abschlussquoten unter Berücksichtigung sonderpädagogischer Anteile ist zwingend erforderlich.

2. FLEX-Klassen: Strukturelle Ungleichheit zwischen großen und kleinen Systemen

FLEX-Klassen werden regelmäßig als Instrument zur Reduzierung von Schulabbrüchen benannt. Faktisch sind sie jedoch nur in größeren Systemen organisatorisch umsetzbar.

Kleinere Gemeinschaftsschulen erhalten trotz angemeldeten Bedarfs keine Genehmigung – mit der Begründung, das System sei zu klein.

Das bedeutet konkret:

Große Systeme erhalten zusätzliche Strukturinstrumente.

Kleinere Systeme müssen mit denselben Anforderungen – aber ohne dieselben Werkzeuge – arbeiten.

Es fehlt nicht an Kooperationsbetrieben oder Praktikumsmöglichkeiten. Es fehlt an strukturellen Flexibilisierungsinstrumenten.

Politische Forderung:

Entweder FLEX-Strukturen müssen auch kleineren Schulen ermöglicht werden (z. B. regional organisiert) – oder es braucht gleichwertige alternative Unterstützungsformate.

3. ESA, Vornoten und Bewertungspraxis: Die Quote ist kein neutraler Leistungsindikator

Das Bestehen des ESA hängt in Schleswig-Holstein maßgeblich von den Vornoten ab.

Unterschiedliche Bewertungspraxen führen zwangsläufig zu unterschiedlichen Quoten – selbst bei vergleichbarer Leistungsfähigkeit.

Eine Schule, die in den Abschlussfächern überwiegend „Dreien“ als Vornoten vergibt, wird nahezu keine Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss ausweisen.

Damit stellt sich eine zentrale Frage:

Was wird hier eigentlich gemessen – Leistung oder Bewertungspraxis?

Unterschiedliche Notenmaßstäbe können bei gleicher fachlicher Leistung zu unterschiedlichen Quoten führen. Vor diesem Hintergrund die Diskussion auf „Haltung“ oder „Schulkultur“ zu verengen, ist fachlich nicht haltbar.

In den offiziellen Datenblättern sind Abweichungen zwischen Vornoten und Prüfungsnoten statistisch ausgewiesen. Hier wären Vergleichsanalysen – beispielsweise mit dem Kreis Kiel – ausgesprochen aufschlussreich.

Wie stark weichen Prüfungsleistungen von den über Jahre erteilten Vornoten ab?

Werden Leistungen bestätigt – oder korrigiert?

Diese Fragen diskutieren wir in den Kollegien durchaus intensiv. Es ist ein spannendes, aber bislang politisch kaum genutztes Analysefeld.

Politische Forderung:

Transparente Analyse der Differenz zwischen Vornoten und Prüfungsleistungen als zusätzlicher Qualitätsindikator – statt isolierter Betrachtung der Abschlussquote.

4. Absentismus: Fehlende Durchgriffsmöglichkeiten und verspätetes Handeln

Schulen dokumentieren, intervenieren und melden an Jugendamt und Schulamt.

Gleichzeitig erleben sie regelmäßig:

- ausbleibende oder stark verzögerte Reaktionen,
- fehlende Rückmeldestrukturen,
- unklare Zuständigkeiten,
- Fallbearbeitung erst dann, wenn die Situation bereits eskaliert ist.

Jugendämter und teilweise auch Schulämter lassen Schulen bei der Absentismusproblematik häufig allein – oder kommen erst aus dem Quark, wenn das Kind sprichwörtlich bereits in den Brunnen gefallen ist.

Uns fehlt eine wirksame Handhabe gegenüber Eltern, die ihrem Erziehungsauftrag dauerhaft nicht nachkommen.

Die Schule kann dokumentieren – aber sie kann nicht durchgreifen.

Hinzu kommen:

- monatelange Wartezeiten auf Therapieplätze,
- ärztliche Krankschreibungen „bis auf Weiteres“ ohne begleitende Therapie,
- fehlende priorisierte Versorgung schulpflichtiger Jugendlicher.

Das Nichtbestehen eines ESA ist in vielen Fällen das Endergebnis jahrelang bekannter Problemlagen.

Die Verantwortung liegt faktisch bei der Schule – die Steuerungsmacht jedoch nicht.

Politische Forderung:

- Verbindliche Fallkonferenzen bei Langzeitabsentismus
- Klare Reaktionsfristen für Jugendhilfe
- Priorisierte Therapieplatzvergabe bei schulpflichtigen Jugendlichen
- Prüfen wirksamer Sanktionsmöglichkeiten bei dauerhafter Verletzung der Schulpflicht

Ohne diese Instrumente bleibt die Forderung nach besseren Abschlussquoten realitätsfern.

5. Systemsprenger und Leistungsverweigerung: Fehlende temporäre Interventionsräume

Für sogenannte Systemsprenger und dauerhafte Leistungsverweigerer fehlen strukturell verankerte, verpflichtende Kleingruppenangebote.

Notwendig wären:

- temporäre, klar strukturierte Maßnahmen,
- verbindliche Zuweisungsmöglichkeiten,

- personelle und zeitliche Absicherung.

Derzeit müssen solche Angebote aus Boardmitteln finanziert werden. Sie werden seitens des Schulamtes ausdrücklich gelobt – bleiben jedoch chronisch unterfinanziert und enden häufig, sobald Stunden fehlen.

Das System honoriert Improvisation – ersetzt aber keine Struktur.

Politische Forderung:

Verbindlich finanzierte Interventionsmodule für besonders belastete Schülerinnen und Schüler – nicht als Projekt, sondern als dauerhafte Struktur.

6. DaZ und späte Zugänge: Unterschätzter Einflussfaktor

Ein weiterer, bislang kaum beachteter Faktor ist der Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ).

Schulen erhalten teilweise sehr alte Schülerinnen und Schüler, die nur kurze Zeit bei ihnen beschult werden und aus Altersgründen an die Berufsschule wechseln. Häufig scheitern sie am ESA nicht aus mangelnder Leistungsbereitschaft, sondern aufgrund zu kurzer Sprachförderzeit.

Die aktuelle Stundenzuweisung ist hierfür nicht ausreichend.

In Abschlussjahren wären zusätzliche Stunden für gezielte Prüfungsvorbereitung dringend erforderlich – sowohl für DaZ-Schülerinnen und -Schüler als auch für Regelklassen. In der Nach-Corona-Zeit gab es solche Unterstützungsformate bereits – mit messbarer Wirkung.

Politische Forderung:

Bedarfsgerechte Aufstockung der DaZ-Stunden und gezielte ESA-Vorbereitungsstunden in Abschlussjahren.

7. Übergang zur Berufsschule: Pädagogische Verantwortung statt Quotenoptimierung

Die Bedeutung von Haltung und Schulkultur ist unbestritten. Schulen mit ausgeprägter Beziehungsarbeit und klarer pädagogischer Linie können große Entwicklungsschritte ermöglichen.

Aber auch dort gilt:

Schülerinnen und Schüler können über sich hinauswachsen – und dennoch den Weg über AV-SH oder alternative Bildungsgänge benötigen.

Erfolg ist nicht immer linear.

Eine rein quotenorientierte Betrachtung wird dieser Realität nicht gerecht.

Die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler ohne ESA an die nahegelegene Berufsschule wechseln zu lassen, um dort den Abschluss nachzuholen, ist pädagogisch sinnvoll.

Ein Umfeldwechsel kann Motivation und Selbstwirksamkeit wiederherstellen.

Politische Kernfrage:

Soll Schulpolitik Quoten optimieren – oder Bildungsbiografien ermöglichen?

Solange Abschlussquoten ohne Berücksichtigung solcher Übergänge bewertet werden, entsteht ein Fehlanreizsystem.

8. Ressourcenfrage

Die Themen „Abschlüsse“ und „Absentismus“ sind letztlich Ressourcenfragen.

Notwendig sind:

- mehr Förderlehrkräfte für Integration und Grenzfälle,
- verbindliche Fortbildungspflichten mit qualifizierten, zielgerichteten Angeboten – flächendeckend,
- zusätzliche Arbeitszeit für Klassenleitungen für intensive Betreuung, inklusive Hausbesuchen,
- Zeitkontingente für Absprachen, Coaching und gemeinsame Entwicklung,
- Arbeitszeit für administrative Aufgaben, insbesondere im Bereich Absentismus,
- qualifizierte Auswahl und Ausbildung von Schulbegleitungen statt bloßer Zuweisung,
- erzieherisch ausgebildete Unterrichtsassistenzen als Regelausstattung,
- deutlich ausgebaute Schulpsychologie – mindestens ein fester wöchentlicher Präsenztage pro Schule.

9. Positives anerkennen – aber konsequent weitergehen

Es ist ausdrücklich festzuhalten:

Die Landesregierung setzt an wichtigen Punkten an.

Die Stärkung basaler Kompetenzen ist richtig. Ebenso richtig ist die Erkenntnis, dass Bewegung, Selbstwirksamkeit und ganzheitliche Förderung wesentliche Faktoren schulischer Entwicklung sind – und dass aus diesen Erkenntnissen auch Verpflichtungen abgeleitet werden.

Nun braucht es Geduld, Verlässlichkeit und Nachdruck.

Vor allem braucht es qualifizierte, verpflichtende Fortbildungen und eine konsequente Umsetzung in der Fläche.

Aufgabenbereiche werden erkannt – doch häufig fehlt die Konsequenz in der Umsetzung.

10. Gesellschaftliche Mitverantwortung

Schule kann nicht dauerhaft kompensieren, was gesellschaftlich nicht getragen wird.

Wir benötigen eine breitere gesellschaftliche Verständigung über Verantwortung für Erziehung und Bildung.

Früh ansetzende Anreizsysteme für Eltern, lernförderliches und erziehungspositives Verhalten zu stärken, sind ebenso notwendig wie eine klare Kommunikation staatlicher Erwartungshaltungen.

Wenn die Basis nicht stimmt, wird schulischer Erfolg zur Dauerreparatur.

Schlussfolgerung

Wenn die Landespolitik die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne ESA nachhaltig senken will, braucht es:

1. Transparente, differenzierte Statistik statt pauschaler Vergleichszahlen
2. Strukturelle Gleichstellung unterschiedlicher Schulsysteme
3. Analyse der Vornoten-Prüfungs-Relation als Qualitätsmaß
4. Verbindliche systemübergreifende Verantwortung bei Absentismus
5. Wirksame Interventionsmöglichkeiten gegenüber dauerhaft verletzter Schulpflicht
6. Dauerhaft finanzierte Kleingruppenangebote für Hochrisikoschüler
7. Ausreichende DaZ- und Prüfungsvorbereitungsressourcen
8. Anerkennung von Übergängen an berufsbildende Schulen als Erfolgskriterium

Solange diese strukturellen Fragen unbeantwortet bleiben, wird die Diskussion um Abschlussquoten eine symptomatische Debatte bleiben – ohne die Ursachen zu beheben.

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir tun dies täglich.

Die entscheidende Frage lautet jedoch:

Ist das System bereit, seine eigene Verantwortung anzuerkennen? Doch nachhaltige Verbesserungen entstehen nicht durch moralische Appelle an Schulen, sondern durch strukturelle Entscheidungen, ausreichende Ressourcen und konsequente Systemsteuerung.

Die entscheidende Frage bleibt:

Ist das System bereit, seine Verantwortung ebenso konsequent wahrzunehmen wie die Schulen?

Für den *slvsh*: Kristina Krämer